

Pressemitteilung, 28.10.2008

## **Bildungspolitik der neuen Regierung: Die CSU hat nichts gelernt, die FDP kann sich nicht durchsetzen**

Was der Koalitionsvertrag für Bayerns Schülerinnen und Schüler bedeutet. Hans-Ulrich Pfaffmann: Weiter so, statt "absoluter Neuanfang" in der Bildung. Diese Koalition ist eine Koalition der schulpolitischen Vergangenheit.

CSU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, das Thema Bildung zu einem ihrer Schwerpunkte machen zu wollen. Es soll unter anderem mehr Ganztagschulen geben, kleinere Klassen und mehr Selbständigkeit für die Schulen. Doch was verbirgt sich hinter diesen Ankündigungen?

Der SPD-Bildungssprecher **Hans-Ulrich Pfaffmann** hat sich intensiv mit den Bildungsabschnitten des Koalitionsvertrages beschäftigt und sie bewertet. Fest steht für Pfaffmann: Die CSU hat aus ihrer Wahlniederlage für den Bildungsbereich nichts dazu gelernt und die FDP konnte sich mit ihren vor der Wahl plakativ vorgetragenen Forderungen nicht durchsetzen. Der Koalitionsvertrag verzichtet weitgehend auf echte und nachhaltige Reformen. Konkretes und Neues gibt es kaum. Weiter so, statt „absoluter Neuanfang“ in der Bildung. Diese Koalition ist eine Koalition der schulpolitischen Vergangenheit.

### **In der Bildung nichts Neues -**

#### **Was der Koalitionsvertrag für Bayerns Schülerinnen und Schüler bedeutet.**

Die Vorlage zur Pressekonferenz mit Hans-Ulrich Pfaffmann, MdL,  
28. Oktober 2008

1. Der Koalitionsvertrag verzichtet weitgehend auf echte und nachhaltige Reformen. Konkretes und Neues gibt es kaum. Die CSU hat sich trotz der Wahlniederlage, die durchaus auch mit bildungspolitischem Versagen begründet werden kann, nicht bewegt. Sie bleibt bei ihrer ideologischen und dogmatischen Schulpolitik. Die FDP hat sich mit ihren Forderungen, die sie

**TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168**

Maximilianeum, 81627 München - [www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de) - [presse@bayernspd-landtag.de](mailto:presse@bayernspd-landtag.de)

vor der Wahl plakativ kommuniziert hat, nicht durchgesetzt. Keine längere gemeinsame Schulzeit, keine pädagogisch geplante Regionalschule etc. Nachdem die FDP den Vertrag aber gebilligt hat, kann hier durchaus von politischem Wahlbetrug gesprochen werden. Außerdem wird deutlich, dass die FDP lediglich zur Machterhaltung der CSU in die Regierung aufgenommen wird.

2. Die Reduzierung der Klassen auf 25 Schüler/innen für alle Schularten wird es in absehbarer Zeit nicht geben, weil es die Priorität für den Ausbau der Ganztagschulen gibt. In Zukunft werden die Kinder also ganztags in großen Klassen sitzen.
3. Die dreigliedrige Schulsystematik und die Selektion der Kinder ab dem 4. Schuljahr werden zementiert. Den Übertrittsdruck in der 4. Klasse wird es weiterhin geben, weil ein Übertrittszeugnis weiterhin verlangt wird. Zusätzlich wird eine weitere Hürde nach der 5. Klasse eingefügt, was zu einer noch schärferen Selektion führen wird. Eine längere gemeinsame Schulzeit wird es nicht geben.
4. Der Erhalt der wohnortnahen Schule und die Schaffung eines umfassenden Schulangebotes in allen Landkreisen sowie eine regionale Schulentwicklung wird es nicht geben.

Fazit: Mit dieser Koalition wird es auf absehbare Zeit keine spürbaren Verbesserungen im Bildungsbereich geben. Keine Bildungsgerechtigkeit, keine besseren Arbeitsbedingungen an den Schulen. Leistungsstress und Schulangst werden bleiben und werden sogar noch verschärft.

**Beispiele machen dies deutlich:**

### **Bildungsinvestitionen**

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Wir räumen dem Bildungsbereich Priorität ein. Die „demographische Rendite“, die durch den Rückgang der Schülerzahlen entstehen wird, bleibt in vollem Umfang im Bildungssystem, um die Bedingungen für die Schulen weiter zu verbessern. Wir stehen zu dem bundesweiten Ziel, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss und der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss bis zum Jahr 2015 auf 4 Prozent beziehungsweise 8,5 Prozent zu reduzieren.“

**SPD-Stellungnahme:** Das begrüßen wir. Das ist aber auch nicht neu. Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion wurde von der CSU vor der LT-Wahl abgelehnt. Außerdem wurden bereits Finanzmittel aus der sogenannten „demographischen Dividende“ an den Hauptschulen mit einem Gegenwert von ca.

**TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168**

**Maximilianeum, 81627 München - [www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de) - [presse@bayernspd-landtag.de](mailto:presse@bayernspd-landtag.de)**

1200 Planstellen eingezogen - gegen unseren Widerstand.

Wir werden unseren Antrag „Demographische Dividende im System belassen“ im Rahmen der anstehenden Beratungen zu Doppelhaushalt erneut einbringen.

## **Ganztagschulen**

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Vorrang haben folgende Maßnahmen:

Ausbau der Ganztagschulen

1. Wir werden den Ausbau eines flächendeckenden und bedarfsorientierten Angebots an Ganztagschulen in allen Schularten weiter vorantreiben. Bis zum Ende der Legislaturperiode sind gebundene Ganztagszüge für 540 Grundschulen, 600 Hauptschulen und alle Förderzentren grundsätzlich über alle Jahrgangsstufen, ebenso für alle Realschulen und alle Gymnasien in den Jahrgangsstufen 5 und 6 vorgesehen.“

**SPD-Stellungnahme:** Das ist, was die Ausbaugeschwindigkeit anlangt, zwar grundsätzlich ein Schritt nach vorne, aber nicht ausreichend. Die Koalitionäre beschränken sich in den weiterführenden Schulen auf die Jahrgangsstufen 5 und 6. Das ist zu kurz gesprungen. Die Koalition aus CSU/FDP bleibt hier auf halbem Wege stehen. Es ist pädagogisch und organisatorisch völlig unsinnig, die gebundenen Ganztagschulen auf Jahrgangsstufe 5 und 6 der weiterführenden Schulen zu beschränken.

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Für höhere Jahrgangsstufen an Gymnasien, Realschulen, Wirtschaftsschulen und dort, wo dies gewünscht wird, ist die offene Ganztagschule vorgesehen. Auf Wunsch können in den Gymnasien und Realschulen auch die Jahrgangsstufen 7 und 8 als gebundene Züge fortgeführt werden. Wenn Schulträger und Eltern ein Gymnasium oder eine Realschule in der Region als gebundene Ganztagschule bis Jahrgangsstufe 10 führen möchten, soll dies geprüft und genehmigt werden.“

**SPD-Stellungnahme:** Es ist Unsinn, die Weiterführung der Ganztagsform ab der Jahrgangsstufe 7 ins Ermessen der Schulgemeinschaft zu stellen.

Vorschlag: Wir bleiben dabei: Eltern und Schule entscheiden vor Ort, ob sie Ganztagschule werden wollen. Wenn ja, dann gilt es aber bis zum Schulabschluss.

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Bei den Grund- und Hauptschulen werden wir es Kommunen mit mehreren Schulsprengeln durch flexible Sprengelregelungen ermöglichen, Ganz- und Halbtagszüge nach den Bedürfnissen vor Ort zu gestalten.“

**TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168**

**Maximilianeum, 81627 München - [www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de) - [presse@bayernspd-landtag.de](mailto:presse@bayernspd-landtag.de)**

Die Modelle „gebundene“ und „offene“ Form sollen unter staatlicher Verantwortung stehen und in der finanziellen Ausstattung angeglichen werden. Das konkrete Angebot, die Ausgestaltung und Umsetzung sind zusammen mit den Kommunen als Sachaufwandsträgern festzulegen. Dabei sind die Eltern, ehrenamtliche/freigemeinnützige Organisationen sowie die Wirtschaft, Handwerk und freie Berufe als Teil der aktiven Bürgergesellschaft mit einzubeziehen. Die Angebote der Mittagsbetreuung an Grundschulen werden wir beibehalten und weiter ausbauen.

Es wird auch in Zukunft in der freien Entscheidung der Eltern liegen, ob sie von dem Ganztagsangebot Gebrauch machen."

**SPD-Stellungnahme:** Das ist viel zu unkonkret und hilft den Kommunen keinen Schritt weiter. Es bleibt unklar, wer die mit dem Ganztagsausbau verbundenen Kosten übernimmt. Es bleibt weiter bei der Devise: Wir wollen gebundene Ganztagschulen, wollen es aber nicht bezahlen.

Wir werden im Rahmen der anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt unseren Antrag auf Einrichtung eines Sonderinvestitionsprogramm (Bayern IZBB) für die Schulen erneut einbringen. Wer Ganztagschulen will, muss sie auch bezahlen.

### **Klassenstärken reduzieren**

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Abbau großer Klassen an staatlichen Schulen  
2. Wir wollen bis zum Ende der Legislaturperiode Klassenhöchstzahlen von 25 an den Grund- und Hauptschulen bzw. 30 an den übrigen Schulen erreichen. Wir werden in Klassen, in denen die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund 50 % übersteigt, die Klassenhöchstzahl bereits ab dem Schuljahr 2009/10 generell auf 25 senken. Dazu ist pro Schuljahr (SJ 08/09 bis SJ 13/14) die Schaffung von mindestens 1000 zusätzlichen Lehrerstellen erforderlich.

Der geplante Ausbau der Ganztagsschulangebote hat – mit Ausnahme der „Migrationsklassen“ – im Zweifel Vorrang vor der vollen Ausschöpfung der geplanten Reduzierung von Klassenstärken."

**SPD-Stellungnahme:** Die Reduzierung der Klassenstärken auf 25 Schüler pro Klasse, die die FDP vor der Wahl gefordert hat, wird es nicht geben. Die von der CSU angekündigte Reduzierung auf 30 für weiterführende Schulen und 25 für Grundschulen wird es auch nicht geben. Die 1000 Lehrer/innen jährlich werden zum großen Teil gebraucht zur Umsetzung von Ganztagsklassen. Also wird es schon wegen der im Koalitionsvertrag stehenden Vorrangstellung beim Ausbau der Ganztagsklassen keine Reduzierung der Klassenstärken geben können. Durch das Junktum zwischen Klassenstärkenabbau und Ganztagsklassen wird es in

**TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168**

**Maximilianeum, 81627 München - [www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de) - [presse@bayernspd-landtag.de](mailto:presse@bayernspd-landtag.de)**

Zukunft ganztags Unterricht in übervollen Klassen geben: Na Bravo!  
Wir bleiben bei unserer Forderung: Keine Klasse über 25!

## **Schulsozialarbeit**

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Die Jugendsozialarbeit an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausbauen.“

**SPD-Stellungnahme:** Die Kommunen sollen grundsätzlich weiterhin die Sozialarbeiter bezahlen. Das ist überhaupt kein Fortschritt. Wir wollen die Verankerung von Schulsozialarbeit als Bestandteil des Lehrpersonals an Schulen und somit in der Finanzverantwortung des Staates. Wir bleiben bei dieser Position.

## **Übergang Kindergarten – Schule**

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „20. Wir werden die Verzahnung von Kindergarten und Grundschule gewährleisten, um die Übergänge noch fließender zu gestalten.“

**SPD-Stellungnahme:** Das ist nun hinreichend unkonkret. Bedeutet das die Entkopplung von Einschulung und Lebensalter? Oder nur den Besuch einer Kindergartengruppe in der Grundschule?  
Wir sind der Meinung, dass unser Konzept der flexiblen Schuleingangsstufe das bessere ist. Außerdem bleiben wir bei unserer Haltung, dass die frühkindliche Bildung im Kultusministerium ressortieren sollte.

## **Kostenfreie Kindertagesstätten**

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Wir werden das für die Eltern kostenfreie letzte Kindergartenjahr mittelfristig einführen – in Abstimmung mit den Kommunen. Unser Ziel ist auch, den Anstellungsschlüssel von 1:11,5 auf 1:10 und die Aus- und Fortbildung von Kinderpfleger/innen und Erzieher/innen zu verbessern.“

**SPD-Stellungnahme:** Das ist kein Fortschritt und bewahrt lediglich den Status Quo. Bei dieser Formulierung bleiben viele Fragen offen. Wer zahlt die Verbesserung des Anstellungsschlüssels denn? Was heißt mittelfristig? Und was heißt „in Abstimmung mit den Kommunen“?  
Wir bleiben bei unserer Forderung: Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und daher Aufgabe des Staates. Sie müssen für die Eltern kostenfrei sein.

## **Übertritt in weiterführende Schulen**

**TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168**

Maximilianeum, 81627 München - [www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de) - [presse@bayernspd-landtag.de](mailto:presse@bayernspd-landtag.de)

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Wir werden das Übertrittsverfahren in den nächsten Monaten kind- und begabungsgerecht weiterentwickeln. Mit einem erweiterten Beratungsangebot, der Ausstellung eines Übertrittszeugnisses gestützt auf Leistung und die Arbeitshaltung der Schülerinnen und Schüler, der Stärkung der Elternverantwortung und der Verantwortung der aufnehmenden Schule werden wir den Druck auf Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte reduzieren. Vor dem Übertritt an eine weiterführende Schule sollen Kinder ihren Stärken und Schwächen entsprechend gefördert werden. Der Übertritt nach der 4. Klasse in Hauptschule, Realschule und Gymnasium bleibt erhalten. (...) Mehr Durchlässigkeit im Sekundarbereich. . Wir werden in allen Schularten die 5. Klasse zu einer „Gelenkklasse“ ausgestalten, um die gewählte Übertrittsentscheidung zu überprüfen. Am Ende der 5. Klasse wird die aufnehmende Schule den weiteren Bildungsweg im Benehmen mit den Eltern entscheiden. Im Einvernehmen mit Träger und Eltern wird eine „Gelenkklasse“ auch an einer Grundschule erprobt.“

**SPD-Stellungnahme:** Das ist eine echte Verschlechterung. Es gibt ein Übertrittszeugnis in der 4. Jahrgangsstufe mit allen bekannten Auswirkungen. Danach gibt es noch einmal eine Überprüfung nach einem Jahr. Es ist zu erwarten, dass dieselben Auswirkungen also dann nach der 5. Klasse noch einmal auftreten. Statt einmal wird jetzt zweimal gesiebt. Na Bravo! Wir bleiben dabei: Übertrittszeugnis abschaffen, Elternwillen freigeben, länger gemeinsam lernen.

## **Regionalschule**

**CSU/FDP-Koalitionsvertrag:** „Schulversuch Kooperationsmodell. Wir werden (in jedem Regierungsbezirk) Modelle einer Kooperation von Haupt- und Realschule erproben. Dabei bleiben Haupt- und Realschule als eigenständige Schularten erhalten. Die Einrichtung des Schulversuchs erfolgt im Einvernehmen mit den betroffenen Landkreisen, Gemeinden, Schulen und Eltern. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird diese Kooperationsmodelle genehmigen und wissenschaftlich begleiten. Dabei sollen solche Modelle Vorrang haben, die als Ganztagschule geführt werden und mehr Sport, Kunst und andere Wahlfächer anbieten.“

**SPD-Stellungnahme:** Das ist gar nichts, jedenfalls nicht die Einführung einer Regionalschule. Was bedeutet denn ein Kooperationsmodell, wenn die Hauptschule und die Realschule als eigenständige Schulen erhalten bleiben

**TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168**

**Maximilianeum, 81627 München - [www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de) - [presse@bayernspd-landtag.de](mailto:presse@bayernspd-landtag.de)**

sollen? Es werden nicht, wie angekündigt, sieben integrierte Regionalschulen eingerichtet, sondern gar keine. Kooperation kann doch in diesem Kontext nur heißen, jeder macht mit seinem pädagogischen Konzept weiter, aber wir haben einen gemeinsamen Hausmeister und einen gemeinsamen Pausenverkauf. Wir bleiben bei dem Konzept der regionalen Schulentwicklung, das den Verantwortlichen vor Ort die Möglichkeit eröffnet, ihrem Bedarf entsprechend Schulmodelle einzurichten. Das können sechsjährige Grundschulen, Regionalschulen oder auch Gemeinschaftsschulen sein.

**TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168**

Maximilianeum, 81627 München - [www.bayernspd-landtag.de](http://www.bayernspd-landtag.de) - [presse@bayernspd-landtag.de](mailto:presse@bayernspd-landtag.de)